

Druck auf BLT und AAGL

Buslinien Regierung muss Ausschreibung prüfen, obwohl niemand alle Linien ausschreiben will

VON HANS-MARTIN JERMANN

Im schwelenden öV-Streit zwischen der Baselland Transport AG (BLT) und der Autobus AG Liestal (AAGL) hat der Landrat gestern einen ersten Entscheid gefällt: Mit 48 zu 26 Stimmen bei 3 Enthaltungen hat das Parlament einen Vorstoss von FDP-Landrat Christoph Buser überwiesen, wonach die Regierung die Ausschreibung aller Buslinien im Kanton prüfen muss. Dieser ist an einem möglichst kostengünstigen öV interessiert, wie die zuständige Verkehrsdirektorin Sabine Pegoraro (FDP) ausführte. Der gestrige Landratsentscheid soll demnach Bewegung in die Vergabe der Linien und die Preise bringen. Allerdings bedeutet das Ja keine Absage an die kleine AAGL, die im Ruf steht, ihre Linien zu teuer anzubieten. Doch auch das Gegenteil, dass mit dem Vorstoss die günstigere Offerte der BLT für die AAGL-Linien ausgebremst werden soll, trifft nicht ohne weiteres zu.

Keine Kampfpreise auf den Strassen

Was bezweckt der überwiesene Vorstoss dann? Buser selbst sprach davon, dass sich der Kanton fragen solle, nach welchen Kriterien und zu welchen Preisen er bei den öV-Unternehmen Leistungen einkauft. «Das ist kein Misstrauensvotum gegenüber der BLT. Diese macht einen guten Job», stellte Buser klar. Grünen-Fraktionschef Klaus Kirchmayr ist im Parlament oft Busers Antipode. Doch in diesem Fall warb Kirchmayr für die Idee des Wirtschaftskammer-Direktors: Es mache Sinn, dass der Kanton jetzt die Leistungsvereinbarungen mit den öV-Unternehmen unter die Lupe nehme. Damit könne er in einem zweiten Schritt entscheiden, ob einige Linien tatsächlich ausgeschrieben werden sollen. «Darum geht's jetzt noch nicht.» Schliesslich seien Ausschreibungen teuer und mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden, fügte Kirchmayr an.

«Wir brauchen diese Diskussion nicht», entgegnete der Gelterkinder SP-Landrat Martin Rüegg. Wer die Interviews in der bz mit den Verwaltungsratspräsidenten von AAGL und BLT gelesen hat, der habe festgestellt: Beide Chefs wehren sich gegen eine flächendeckende Ausschreibung der Buslinien. «Denn dann bestünde tatsächlich die Gefahr, dass auswärtige Unternehmen mit Kampfpreisen auf unsere Strassen drängen. Das wollen wir nicht», sagte Rüegg. Vor einem Preiskampf im Baselbieter öV warnte auch die Ettinger CVP-Landrätin und BLT-



Die AAGL-Linien (hier am Bahnhof Liestal) seien zu teuer, heisst es. Nun werden alle Buslinien im Kanton überprüft.



«Das ist kein Misstrauensvotum gegenüber der BLT. Diese macht einen guten Job.»

Christoph Buser FDP-Landrat und Wirtschaftskammer-Direktor

Verwaltungsrätin Christine Gorrengourt: Ein solcher könne letztlich zu einer schlechteren Qualität des öffentlichen Verkehrs führen, sagte sie und verwies auf die Privatisierung des Bahnverkehrs in England.

Neuer Deal mit der AAGL?

Demgegenüber forderte der Birsfelder FDP-Landrat und AAGL-Verwaltungsrat Christof Hiltmann, dass alle öV-Unternehmen gleich behandelt werden müssten – unabhängig davon, wie stark der Kanton an den Unternehmen beteiligt ist. Bekanntlich hält der Kanton bei der öffentlichen BLT 43 Prozent der Aktien und er besetzt fünf der neun Verwaltungsräte; bei der privaten AAGL sind es bloss 22 Prozent der Aktien und das Vorschlagsrecht für einen einzigen Verwaltungsrat. «Uns Landräte muss vor allem interessieren: Wie viel öffentlicher Verkehr kriegen wir für den Steuerfranken?», sagte Hiltmann und warb damit für den Vorstoss seines Parteikollegen Buser.

Regierungsrätin Pegoraro stellte nach der Debatte klar, dass nun sicher nicht «wie wild» öV-Linien ausgeschrieben werden. Allerdings stellte sie in Aussicht, dass im spezifischen Fall der AAGL-Linien bis Ende Jahr ein Entscheid der Gesamtregierung vorliegen soll. Diese fuhr in den vergangenen Monaten einen Zickzack-Kurs: Nachdem im Juni bekannt wurde, dass eine Offerte der BLT für die zehn Buslinien der AAGL vorliegt, hiess es zunächst, dass die Regierung die Ausschreibung der Linien bereits beschlossen habe.

Später krebste die Kantonsexekutive, die sich intern offensichtlich uneinig ist, zurück. Klar ist: Eine öffentliche Ausschreibung würde die kleine AAGL kaum überleben. Hinter vorgehaltener Hand heisst es, die Regierung habe der AAGL in der Zwischenzeit eine Vereinbarung unterbreitet, wonach Letztere die zehn Buslinien um 700 000 Franken günstiger pro Jahr betreiben soll. Demgegenüber offeriert die BLT die AAGL-Linien für 2,1 Millionen günstiger.

Neophyten überwuchern Spardoktrin

Budgetdebatte Tag 2 Fünf Millionen Franken Überschuss verbleiben im Budget 2018. Neu belastet wird es durch mehr Geld für die Neophyten-Bekämpfung und das Stipendien-Wesen.

VON MICHAEL NITTAUS

Wenn am Ende einer Budgetdebatte sowohl Mirjam Würth (SP) also auch Georges Thüring (SVP) strahlen, dann weiss man, dass es nur um ein Thema gehen kann: Neobiota. Die Bekämpfung der invasiven Lebewesen, insbesondere der von fernen Ländern eingedrungene Pflanzen (Neophyten), die die heimische Flora und Fauna gefährden, haben sich die zwei sonst so unterschiedlich tickenden Landräte auf die Fahne geschrieben. Während Würth seit Jahren jeweils mit Budgetpostulaten um mehr Geldmittel dafür bittet, hat Thüring schon Ausreiss-Aktionen organisiert, um den skeptischen Landratskollegen die Ausbreitung von Neophyten im Baselbiet aufzuzeigen.

Gestern war es also wieder so weit: Nachdem der Landrat aus Spargründen zuletzt zwei Jahre in Folge Würths Antrag abgelehnt hatte, stimmte er nun den zusätzlichen Mitteln von 300 000 Franken für 2018 zu. Dies denkbar knapp mit 42 zu 38 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Während SP, Grüne, EVP, GLP und GU geschlossen da-

für stimmten und die FDP dagegen, sorgten eine gesplante CVP sowie mehrere abtrünnige SVPLer für den Sieg der Neophyten-Jäger. Neben Thüring waren dies Susanne Strub, Paul Wenger, Anita Biedert und Martin Karrer.

Antrag für ein oder vier Jahre?

«Ich bin total überrascht und sehr glücklich», sagt Würth im Anschluss zu bz. Die 57-jährige Biologin und Präsidentin von Pro Natura Baselland konnte sicher auch mit ihrer Glaubwürdigkeit punkten, da sie auf dem Gebiet geforscht hat. Vor allem ein Argument verfiel: Neophyten breiten sich exponentiell aus. «Da muss ich der linken Ratsseite recht geben. Exponentielles Wachstum steigert sich immer schneller bis ins Unendliche», sagte Mathematiklehrer Paul Wenger. Dass Umweltdirektorin Sabine Pegoraro darauf verwies, dass man ja durchaus jährlich eine halbe Million Franken investiere und der Landrat selbst erst im Februar die zusätzlichen Gelder der Neobiota-Strategie des Kantons aus Spargründen auf die Jahre 2020 bis 2024 verschoben habe, konnte daher nicht beruhigen. Umso schneller reagiert wird, desto günstiger ist es nämlich.

Unklar ist, ob die 300 000 Franken nur das Budget 2018 belasten oder bis 2021 gesichert sind. «Finanzdirektor Anton Lauber hat in der Kommission selbst gesagt, dass Budgetanträge im Aufgaben- und Finanzplan 2018-21 automatisch auf alle Jahre wirken», sagt Würth. Daher habe sie keinen

5

Millionen Franken beträgt nach dem mit 57 zu 20 bei 4 Enthaltungen gefassten Landratsbeschluss der prognostizierte Überschuss im Baselbieter Budget 2018. Nur die SP lehnte den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018-21 ab. Der Aufwand 2018 beträgt 2,735 Milliarden und der Ertrag 2,74 Milliarden Franken. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 254,5 Millionen Franken. Der Finanzierungssaldo liegt mit 146,4 Millionen Franken im Negativen. Die weiteren Planjahre des AFP liegen trotz der Landratsentscheide ebenfalls noch im Plus:

2019: 16,6 Mio. Franken
2020: 8,0 Mio. Franken
2021: 58,9 Mio. Franken.

separaten AFP-Antrag gestellt. So würde die Belastung also auf total 1,2 Millionen Franken steigen. Davon zeigt sich Pegoraro gegenüber der bz irritiert. Man habe nur mit einmalig 300 000 gerechnet. Man werde dies mit Würth nochmals besprechen.

Gschwind will auf Darlehen setzen

Die zweite Überraschung gab es beim Stipendien-Wesen. Hier drang Roman Brunner (SP) mit dem Budget- und AFP-Antrag durch, die Stipendien für Zweitausbildungen nicht zu kürzen. Die Bildungsdirektion (BKSD) von Monica Gschwind plante das als Ersatzmassnahme, um nicht wie die anderen Direktionen den Personalaufwand um zehn Prozent reduzieren zu müssen. Mit 43 zu 40 bei einer Enthaltung wehrte dies Mitte-Links gegen SVP und FDP ab. 2018 belastet der Entscheid die Planung mit 1,4 Millionen Franken, 2019 mit 2 Millionen und 2020/21 mit jeweils 2,9 Millionen. Auch hier gibt es aber eine Unsicherheit: Die BKSD ist bereits daran, eine Vorlage zu erarbeiten, wie die Ersatzmassnahme genau wirken soll. Zur bz sagt Gschwind: «Wir wollen gar nicht die Stipendien kürzen, sondern eher auf Darlehen setzen.» Der Landratsentscheid könnte am Ende also ins Leere laufen.

Keine Wirkung aufs Budget hat der dritte angenommene Antrag des Tages: Per 2019 soll ein Indikator eingeführt werden, der den Zustand der kantonalen Liegenschaften erfasst und überprüft, ob die für den Werterhalt bereitgestellten Mittel genügen.

Rat-atouille

Neophyten in Randregionen

Richterich und Knöterich

Obwohl selbst Mathelehrer Paul Wenger (SVP) vor dem exponentiellen Wachstum der Neophyten warnte (Artikel unten), blieb FDP-Fraktionschef Rolf Richterich skeptisch: «Schon als Bub hab ich daheim mit japanischem Knöterichen gespielt. Und unser Bachbord rutschte in 50 Jahren nie ab. Es kann also nicht so dramatisch sein. Sonst müsste der Knöterich ja schon von meinem Laufner Bach nach Holland gefunden haben.» Da erwiderte Christine Gorrengourt (CVP): «Ach wären wir doch alle Rolf, dann hätten wir schon als Kind alle Knöteriche spielend abgeschnitten.»

Landbewohner Spiess

SVP-Landrat Hans-Urs Spiess aus Rothenthal wehrt sich gegen den Abbau des Service public und ist stolzer Bewohner des ländlichen Raums. Den Begriff Randregion hasst er: «Neben meinem Haus geht es nicht steil nach unten», sagte er in der Post-Debatte.

Webers Zwölfpunkteplan

Kurz vor Sitzungsende erteilte Ratspräsidentin Elisabeth Augstburger Regierungsrat Thomas Weber das Wort. Somit wurde ihm die Ehre zuteil, im Landratsaal das letzte Statement im Jahr 2017 zu halten. «Ich möchte meine Ausführungen in zwölf Punkte gliedern», begann Weber – und schob einige debattiermüde Landräte auf die Rolle. Tatsächlich nahm Weber zu zwei Punkten Stellung – schliesslich wollte auch er rasch an den Weihnachtsapéro.

AUS DEM LANDRAT

KEIN TEUERUNGS-AUSGLEICH Personalverbände rufen zu Widerstand auf

Dass der Landrat am Mittwochabend dem Staatspersonal auch für 2018 keinen Teuerungsausgleich bewilligte, macht die Arbeitsgemeinschaft Baselbieter Personalverbände (ABP) wütend. In einer Mitteilung ruft sie die Angestellten dazu auf, sich zu überlegen, welche Protestmassnahmen sie bereit seien, mitzutragen. (bz)

Standesinitiative

SP-Erfolg gegen Poststellen-Abbau

Gegen die Schliessung von Poststellen wehrt sich der Landrat mit einer Standesinitiative. Er hat gestern einen Antrag von SP-Präsident Adil Koller mit 40 zu 36 Stimmen bei einer Enthaltung an die Regierung überwiesen. Die Standesinitiative fordert unter anderem ein Moratorium bei der Schliessung von Poststellen, bis eine konzeptionelle Netzplanung vorliegt. Zudem verlangt sie anfechtbare Beschlüsse der Postcom und, dass sich auch Bürger an die Postcom richten dürfen. Ähnlich lautende Initiativen sind bereits in den Parlamenten der Kantone Wallis und Tessin überwiesen worden.

Unterstützung bekam die SP von Grünen/EVP, CVP/BDP und den beiden FDP-Mitgliedern Andrea Kaufmann (Waldenburg) und Jürg Vogt (Allschwil). Vor einem Abbau der Poststellen brauche es eine Diskussion über die gewünschte Versorgung, hiess es. Gegen die Standesinitiative sprachen sich SVP, GLP/GU sowie eine Mehrheit der FDP-Fraktion aus. Es sei Realität, dass immer weniger Personen Angebote der Post nutzen würden. Im Baselbiet droht sechs Poststellen bis 2020 das Aus. Ersatzlose Schliessungen sollen laut Post vermieden werden. Die Überprüfung der Filialen ist Teil einer 2016 angekündigten Umstrukturierung. (SDA)



Das Ziegelhof-Areal unmittelbar neben Liestals Altstadt aus Drohnensicht: Bei den mit Nummern versehenen Objekten bewegt sich etwas – oder aber eben nicht. ZVG/MOVEPICS

Hehre Ideen prallen auf harte Realität

Liestal Die Umnutzung des Ziegelhof-Areals kommt nur harzig voran - ein Knackpunkt sind die Parkplätze

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Das ehemalige Liestaler Brauerei-Areal Ziegelhof wird zu einem lebendigen Zentrum mit Gewerbe, Wohnen und Kultur. So hiess der Konsens an der Ergebniskonferenz vor etwas mehr als einem Jahr. Diese Konferenz bildete den Abschluss eines öffentlichen Diskussionsprozesses, wohin sich das Ziegelhof-Gelände am Rand der Altstadt unter der neuen Eigentümerin, der Pensionskasse Coopera, in Um- und Neubauten investieren.

Doch die Umsetzung des Konferenz-Results ist alles andere als ein Kinderspiel. Das zeigt auch ein kürzlich publiziertes Baugesuch: Cello Velo, der in Liestal schon fast Kult-Status geniesst und mit seinen Firmenbauten dem SBB-Vierspurausbau weichen muss, will an der Kasernenstrasse ein Wohnhaus in einen Veloladen umbauen. Damit bevorzugt das Unternehmen eine eigene Lösung. An der Ergebniskonferenz wurde Cello Velo noch als einer der attraktivsten gewerblichen Mietinteressenten gehandelt, der viel Leben aufs Ziegelhof-Areal gebracht hätte.

1 Auch zwei andere Hoffnungsträger sind abgesprungen: Die Liestaler Kulturplayer Daniel Muri – er ist auch noch Stadtrat – und Eric Rüttsche liebäugelten damit, die einstige Ziegelhof-Abfüllhalle in eine Konzert- und Kongresshalle für ein bis zu

20

Millionen Franken will die Besitzerin des Ziegelhof-Areals, die Pensionskasse Coopera, in Um- und Neubauten investieren.

500-köpfiges Publikum umzuwandeln. Etwas, was in Liestal fehlt. Doch nach der Erstellung einer Machbarkeitsstudie und erstem Fühlerausstrecken zu möglichen Nutzern haben sie ihr Projekt beerdigt. Es sei ihm in seiner momentanen persönlichen Situation über den Kopf gewachsen, sagt Muri. Er ist nach wie vor vom Bedarf einer solchen Halle in Liestal überzeugt, fügt aber bei: «Für Konzerte mit mehr als 100 Dezibel wären schalltechnisch sehr grosse Investitionen nötig. Dafür braucht es Geldgeber.»

2 Auch beim stimmungsvollen Gewölbekeller im Haus zum Eck könnten bauliche Unzulänglichkeiten einem Kulturprojekt im Wege stehen: Der Kulturverein Liestal möchte diesen Raum für Veranstaltungen im kleineren Kreis nutzen – aber nicht im ganz kleinen. Denn für mehr als 50 Besucher sei ein zweiter Ausgang in Form eines Tunnels nötig, sagt Barbara Buser. Und so etwas kostete um die 700 000 Franken, was ohne Unterstützung durch Geldgeber nicht möglich sei. Derzeit komme man nicht vorwärts mit diesem Projekt.

3 Damit sind wir beim Dilemma von Barbara Buser, die mit ihrer Firma Denkstatt die Ziegelhof-Entwicklung vorantreibt: Obwohl etliche Nutzungsfragen offen sind, will sie das Areal möglichst rasch mit Um- und Neubauten aufwerten, was auch wieder neue Nutzer anziehe. Im

Vordergrund stehen der Ersatz des neuen Sudhauses (3) und die Überbauung der angrenzenden Parkplätze (4) an der Meyer-Wiggli-Strasse. Hier sollen Wohnungen und gewerbliche Flächen entstehen.

Insgesamt will Coopera nach wie vor 20 Millionen Franken in bauliche Erneuerungen auf dem Ziegelhof-Areal investieren. Dafür ist aber ein neuer Quartierplan notwendig; der alte mit dem Coop-Projekt ist Makulatur. Und in einem Quartierplan müssen nicht nur zwingend die Gebäudevolumen, sondern auch die Nutzung festgelegt werden. Denn diese hat unter anderem Auswirkungen auf die Anzahl Pflichtparkplätze. Buser: «Wir sind in einem Teufelskreis. Die Behörden wollen mit dem Quartierplan die Zukunft voraussehen, wir aber Schritt für Schritt mit dem arbeiten, was kommt, also eine Art rollende Planung betreiben.» Und sie ergänzt leicht genervt: «Die Parkplätze sind das bestimmende Element, sie dominieren alles.»

Der Liestaler Stadtpräsident ad interim Franz Kaufmann andererseits konstatiert, dass man mit dem Quartierplan gut vorankomme; in diesen Tagen findet der fünfte Workshop mit Ziegelhof- und Behördenvertretern statt. Kaufmann sagt aber auch: «Mit einem Quartierplan schafft man neues Recht und ermöglicht damit eine höhere Nutzung. Dafür muss man schon wissen, was man will. Ein Quartierplan und eine rollende Planung widersprechen sich.» Und bezüglich Parkplätze sagt er: «Sie sind ein Knackpunkt. Denn sie sind schwierig unterzubringen,

wenn man nicht alles unterhöhlt wie im Vorgängerprojekt.» Gleichzeitig signalisiert Kaufmann Entgegenkommen. Allenfalls sei ein Ersatz an einem andern Ort möglich, oder die Parkplätze können etappenweise nachgewiesen werden.

5 Buser beide grössten Hoffnungsträger sind zur Zeit die Baselbieter Brauerei und die kantonale Abteilung Archäologie und Museum BL. Letztere sei an der Miete von rund 5000 Quadratmetern interessiert, um darin die jetzt auf 14 Standorte verzerterte Sammlung zu konzentrieren. Und die Bierbrauer wären für Buser die ideale Besetzung fürs alte Sudhaus. Dort, wo schon zu Ziegelhof-Zeiten Bier hergestellt wurde, könnte die Baselbieter Brauerei ihr Zwickelbier brauen, das sie heute in Ziefen produziert, aber im alten Sudhaus periodisch ab Rampe verkauft. «Wir sind am Verhandeln. Im Januar fällt der Entscheid», sagt Buser zum Stand der Beziehung.

Momentan seien 20 Zwischennutzer im Ziegelhof-Areal eingemietet und alle Gebäude in einem Zustand, dass es nicht hineinregne. Baulich stünden als nächstes Altlastsanierungen an, sagt Buser. Bei ihren terminlichen Erwartungen fahren Buser und Stadtpräsident a. i. Kaufmann übrigens auf derselben Schiene, auch wenn er das Tempo als angemessen und sie als zu langsam empfindet: Der neue Quartierplan soll bis in spätestens zwei Jahren alle Instanzen passiert haben.

Buchprojekt «Der vergoldete Buddha»

Nepal feiert ehemaligen Augusta-Raurica-Leiter

Besondere Ehre für den ehemaligen Leiter der Römerstadt Augusta Raurica Alex Furger: An einem Empfang am Mittwoch in der Schweizer Botschaft in Nepals Hauptstadt Kathmandu wurden dem Basler Archäologen sowie Botschafter Jörg Frieden je eine feuervergoldete Buddhastatue überreicht. Der Überbringer Ratna Jyoti Shakyas drückte damit den besonderen Dank der dortigen Giesser- und Statuenmachergilde für Furgers Buchprojekt «Der vergoldete Buddha» aus. Im selben auf Deutsch und Englisch erschienenen 328-seitigen Band hat Furger als erster Autor überhaupt die uralte Kunst des buddhistischen Metallhandwerks dokumentiert. (BOS)



Alex Furger, Ratna Jyoti Shakyas und Botschafter Jörg Frieden (v. l.). ZVG/KURT FURGER

Unterdurchschnittlicher Heim-Bedarf

Angehörigen-Pflege hoch im Kurs

Das Baselbiet weist eine unterdurchschnittliche Bedarfsquote auf, was die Betreuung von alten und pflegebedürftigen Menschen angeht. Ältere Einwohnerinnen und Einwohner des Landkantons sind im schweizerweiten Vergleich sowohl weniger häufig auf einen Platz in einem Alters- und Pflegeheim angewiesen, als auch auf die Betreuung durch Spitex-Organisationen. Dies geht aus dem Kommissionsbericht zu einem Vorstoss von FDP-Landrätin Marianne Hollinger aus dem Jahr 2014 hervor, der gestern publiziert worden ist.

Die zuständige Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion macht unter anderem die ländliche Struktur des Baselbiets für dieses aussergewöhnliche Phä-

nomen verantwortlich, «und damit zusammenhängend den hohen Grad an Engagement pflegender Angehöriger. Umgekehrt sind im Stadtkanton beide Quoten erhöht», heisst es im Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission. Aktuell seien 20 % der Heimbewohner in der Baselbieter Alters- und Pflegeheimen (APH) unter 80 Jahre alt. Innerhalb der Bevölkerungsgruppe der 65- bis 79-jährigen, die in der Regel noch bei guter Gesundheit ist, liegt der Heimbewohneranteil bloss bei 1,2 %. Dieser Anteil ist deshalb so tief, weil es sich bei den unter 80-jährigen um eine sehr grosse Bevölkerungsgruppe handelt. Von den über 80-jährigen leben 13,7 % in einem APH. (BOS)